

Trump: Versicherung oder Regierung sollten für IVF zahlen

Republikanischer Präsidentschaftskandidat Trump fordert, dass IVF-Behandlungen von Versicherungen oder der Regierung bezahlt werden. Dieser Schritt könnte Spannungen mit konservativen Abtreibungsgegnern verschärfen.

Donald Trump hat kürzlich bekanntgegeben, dass er, falls er erneut ins Weiße Haus einziehen sollte, dafür sorgen wird, dass die Kosten für In-vitro-Fertilisation (IVF) entweder von Versicherungen oder der Regierung übernommen werden. „Ich war immer für IVF. Von Anfang an, sobald wir davon gehört haben“, sagte er am Donnerstag in einem Interview mit NBC News.

Diese neue Wahlkampfansage kommt zu einem Zeitpunkt, an dem seine demokratische Konkurrentin, Vizepräsidentin Kamala Harris, und andere Mitglieder ihrer Partei behaupten, dass von Republikanern geführte Abtreibungsbeschränkungen in einigen Bundesstaaten den Zugang zu Fruchtbarkeitsbehandlungen zusätzlich gefährden könnten. Durch diese Ankündigung könnte Trump mit einigen konservativen Anti-Abtreibungs-Aktivisten in Konflikt geraten, die IVF wegen des Verwerfens ungenutzter menschlicher Embryonen verbieten wollen.

Wahlkampfversprechen sorgt für Kontroversen

Trump bekräftigte seine Position in dem Interview mit NBC: „Unter der Trump-Administration werden wir diese Behandlung

bezahlen“, sagte er. „Oder wir werden es den Versicherungsunternehmen vorschreiben.“ IVF-Behandlungen können sehr teuer sein – oft rund 20.000 US-Dollar (15.000 Pfund) pro Runde – und werden in den USA selten von Versicherungen abgedeckt. Trump erklärte jedoch nicht, wie diese neue Politik umgesetzt werden soll.

Die Harris-Walz-Kampagne reagierte schnell auf Trumps neue Haltung und warf ihm vor, für die Entscheidung des US-Supreme Court verantwortlich zu sein, das wegweisende Urteil von 1973, Roe v. Wade, aufzuheben. Dieses Urteil beseitigte das nationale Recht auf Abtreibung, wodurch nun die staatlichen Regierungen den Zugang zur Abtreibung eigenständig regulieren können. Mindestens 14 Staaten haben Abtreibungen inzwischen verboten oder stark eingeschränkt.

„Weil Trump Roe v. Wade aufgehoben hat, ist IVF bereits unter Beschuss und die Freiheiten der Frauen wurden in Staaten im ganzen Land eingeschränkt“, sagte Harris-Kampagnen-Sprecherin Sarafina Chitika als Reaktion auf Trumps Kommentare am Donnerstag.

Florida und Alabama: Staaten im Fokus

Trump, der selbst in Florida lebt, teilte im Interview auch seine Absicht mit, gegen eine Florida-Abstimmung zu stimmen, die Abtreibungen nach sechs Wochen, mit einigen Ausnahmen, verbieten würde. „Ich denke, die sechs Wochen [Verbot] sind zu kurz. Es muss mehr Zeit geben“, sagte er. „Ich werde dafür stimmen, dass wir mehr als sechs Wochen brauchen.“

IVF rückte im Februar in den Mittelpunkt der amerikanischen Debatte über den Zugang zu Abtreibungen. Zu diesem Zeitpunkt entschied das republikanisch kontrollierte Alabama Supreme Court, dass eingefrorene Embryonen, die durch IVF erzeugt wurden, nach dem Staatsrecht als Kinder gelten. Trump forderte damals die Gesetzgeber in Alabama auf, „schnell eine sofortige Lösung zu finden, um die Verfügbarkeit von IVF in Alabama zu

erhalten“. Im März verabschiedeten sie ein Gesetz zum Schutz von IVF.

Laut einer Pew-Umfrage aus dem letzten Jahr haben 42 Prozent der Amerikaner entweder selbst IVF-Behandlungen in Anspruch genommen oder kennen jemanden, der dies getan hat. Dieser Prozentsatz steigt mit zunehmendem Einkommen – 45 Prozent bei Mittelstandshaushalten und 59 Prozent bei Personen mit hohem Einkommen. Diese Personen sind eher weiße Amerikaner, die republikanisch wählen, und viele von ihnen hoffen Trump zurückzugewinnen, nachdem er ihre Unterstützung bei den Wahlen 2020 verloren hatte.

Trump teilte seine neue Position auch bei einer Kundgebung in Michigan am Donnerstag mit. „Ihre Regierung wird für die Kosten der IVF-Behandlung aufkommen oder Ihre Versicherung wird verpflichtet sein, zu zahlen“, verkündete er.

Trotzdem lehnten die Demokraten am Donnerstagabend weiterhin ab, dass eine Trump-Administration eine solche Politik umsetzen würde. „Die Amerikaner haben mit eigenen Augen gesehen, wie Donald Trump Roe v. Wade aufgehoben hat und den Weg für extreme Maga-Republikaner geebnet hat, die IVF einschränken und grausame Abtreibungsverbote im ganzen Land verhängen, was Frauen und Familien schadet“, sagte die Sprecherin des Demokratischen Nationalkomitees, Aida Ross, in einer Erklärung. „Wenn die Wähler im November an die Wahlurnen gehen, werden sie für das Harris-Walz-Ticket stimmen, um unsere Freiheiten zu schützen – nicht für Trumps und Vance’s umfassender Angriff auf unsere Grundrechte.“

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de